

Bau AL

21.9.2011

StadtL

* Mediationsverfahren zur Beachtung von Einwänden bei der Umgestaltung von Ottopark und Kleinem Tiergarten (westlicher Teil); BVV-Drucksache 2223/III

Sehr geehrter Herr Gothe,

das Bezirksamt wird ersucht in einem noch zu gründenden Mediationsverfahren die Fällung von Bäumen zu prüfen; hierzu sollen GegnerInnen und BefürworterInnen der Fällungen an einem Runden Tisch teilnehmen. Der Runde Tisch soll seine Arbeit bis spätestens Dezember abschließen und der BVV-Mitte seine Arbeit in einem Bericht vorlegen.

Aus Sicht des Straßen- und Grünflächenamtes, das verantwortlich für die Baumaßnahme ist, muss auf die Folgen einer solchen Handlung hingewiesen werden :

- 1.) Es besteht bereits ein Bauvertrag, der nach einem ein-einhalbjährigen Planungs- und intensiven Beteiligungsprozess (unterstützt durch das Votum der Stadtteilvertretung (STV) als gewählte Vertreter der Moabiter Gebietsbevölkerung und nach einer Öffentlichen Ausschreibung abgeschlossen worden ist.
- 2.) Die Baumaßnahme beginnt bereits am 26.9.2011.
- 3.) Da die Baumfällungen insbesondere den Bereich betreffen, wo zukünftig ein Spielbereich für Jugendliche gestaltet werden soll, wird beginnend mit dem 4.10.11 gefällt.
- 4.) Eine Pressemitteilung wird derzeit vorbereitet bzw. liegt vor.
- 5.) An einer anderen Baustellen-Fläche kann mit der Baumaßnahme nicht begonnen werden, da die Baustelleneinrichtung einzig und allein über den westlichen Bereich geführt werden kann. Eine Nichtfällung würde daher den Beginn der Baumaßnahme verhindern.
- 6.) Für die Verhinderung der Baumfällung müsste ein Baustopp ausgesprochen werden.
- 7.) Der Baustopp hat derzeit die Folge, dass monatlich ca. 50.000 Euro Schadensersatzansprüche seitens der Baufirma gegen das Bezirksamt Mitte gestellt werden können.
- 8.) Bei einem Baustopp bis Dezember 2011 entstehen ca. 150.000 Euro, die zusätzlich zu den Baukosten vom Bezirksamt Mitte aufgewendet werden müssten, da die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung diese Mehrkosten nicht aus dem Förderprogramm "Aktive Zentren" übernehmen wird.
- 9.) Bei einem Baustopp könnte die Kassenrate 2011 nicht mehr ausgeschöpft werden; diese Gelder verfallen ersatzlos!!.

10.) Die Kassenrate 2011 ist nicht ins Kassenjahr 2012 übertragbar und fehlt zur Beendigung der Baumaßnahme; da die Baufirma durch den bestehenden Bauvertrag einen Anspruch auf die vollständige Zahlung hat (auch wenn nur noch ein Teil gebaut wird!!!), muss diese Rate dann zwingend aus dem Bezirkshaushalt finanziert werden, denn die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung übernimmt keine Mehrkosten.

11.) Die STV steht hinter der zuletzt mit einer Kompromissfindung abgestimmten Planung. Sollte die Mediation im Ergebnis zur Erarbeitung einer veränderten Planung kommen, ist diese erneut allen Bezirksgruppen und allen Bürgergruppen und -initiativen vorzustellen. Auch wenn diese neue Planung dann, wie die vorhandene auch!!!!, abgestimmt sein sollte, schützt diese Abstimmung nicht davor, dass schlussendlich dann doch eine Bürgerinitiative in einer kommenden BVV erneut versucht wiederum eine Planungsänderung herbeizuführen; durch die o.a. Drucksache und eine evtl. durchgeführte Mediation in dieser Angelegenheit bekommt jede Bürgerinitiative/Interessensgemeinschaft seitens der politisch Verantwortlichen im Bezirk Mitte das Signal, dass demokratisch abgestimmte Planungsprozesse jederzeit veränderbar sind, auch wenn es offensichtlich ist, dass der Bezirk Mitte damit nicht nur finanzielle Risiken schafft, sondern definitiv schadensersatzpflichtig wird. Auch würde der schwierige Diskussionsprozess innerhalb der STV in Frage gestellt werden und ein falsches Zeichen für zukünftige Beteiligungsprozesse bzw. für den Sinn und Zweck einer Stadtteilvertretung setzen. Evtl. ist dann auch das Vergabeverfahren erneut durchzuführen, was alleine mindestens 2 Monate Zeitverzögerung mit sich bringen wird.

12.) Die durch die Mediation ggfs. eintretenden Planungsänderungen sind zusätzlich vom Bezirk zu bezahlen, da die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung signalisiert hat, diese Kosten nicht aus dem AZ-Programm zu übernehmen; bei grundlegenden Neuplanungen werden hier mindestens 50.000 Euro anfallen; die Baumaßnahme kann sich um weitere Monate verschieben.

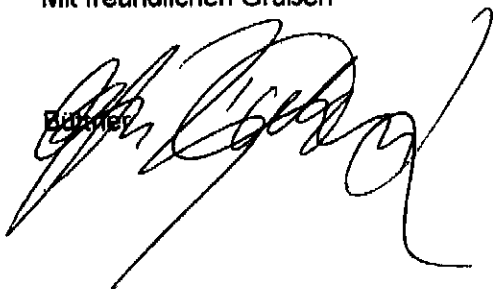
13.) Schon der Mediationsprozess wird sowohl Mehrkosten für die Mediatoren, als auch für alle beteiligten Planungsbüros verursachen. Diese Kosten, geschätzt auf bis zu 20.000 Euro, muss der Bezirk Mitte übernehmen, da die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung signalisiert hat, diese Kosten nicht aus dem AZ-Programm zu übernehmen.

Der finanzielle Schaden ohne Planungsänderungen wird sich bis Dezember 2011 auf ca. 170.000-200.000 Euro belaufen.

Der finanzielle Schaden mit Planungsänderungen ist nur schwer einschätzbar; er wird mindestens bei 250.000 Euro liegen.

Da derzeit alle Vorbereitungen für einen Baubeginn am 26.9.2011 vorliegen und JEDE Form der Bauverzögerung den Bezirk Mitte schadensersatzpflichtig macht, benötige ich eine schriftliche unzweifelhafte Anweisung für einen Baustopp. Nur dann werde ich einen Baustopp aussprechen. Diese Anweisung sollte unverzüglich erfolgen, da sich die Pressemitteilung für den Baubeginn bereits im Umlauf für die Unterschriften befindet.

Mit freundlichen Grüßen


Bürgermeister